Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 39 (2012)
Heft: 3

Artikel: Auf der Grossbaustelle Schweiz wird laut debattiert
Autor: Lettau, Marc
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-911189

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

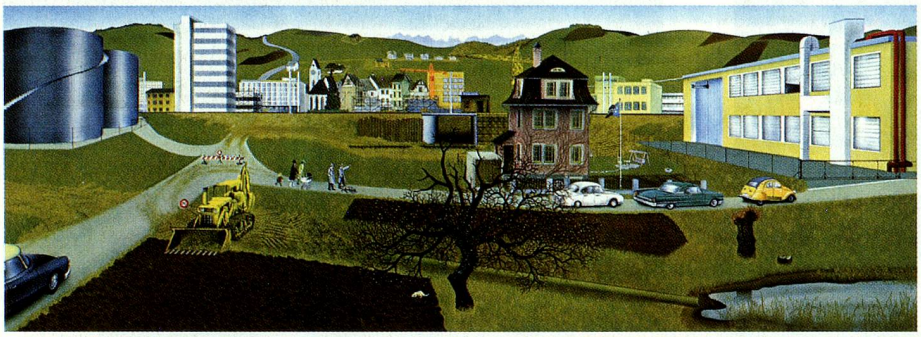
Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 03.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Auf der Grossbaustelle Schweiz wird laut debattiert

Für viele ist es die grosse Überraschung: Das Schweizer Volk hat am 11. März 2012 dem Bau von Zweitwohnungen klare Grenzen gesetzt. Im Kern ist der Entscheid wohl Ausdruck grundsätzlicher Kritik an der ungehemmten und kaum gesteuerten baulichen Entwicklung im Land. Doch die Anzeichen für ein Umdenken mehren sich: Auf der Grossbaustelle Schweiz ist die intensive Debatte über einen Paradigmenwechsel in der Raumplanung im Gang. Zugleich ziehen neue Gewitterwolken auf.
Von Marc Lettau



Bilder aus dem Buch «Alle Jahre wieder saust der Presslufthammer nieder» von Jörg Müller

Wie muss man sich das durchschnittliche schweizerische Schulzimmer vor dreissig, vierzig Jahren vorstellen? Es ist ein heller, nüchterner Raum mit grossen Fenstern. Die Zweierpültchen sind akkurat geordnet und auf die Wandtafel ausgerichtet. An den Pültchen sitzen zwei Dutzend Kinder. Blicken sie nach draussen, sehen sie neben dem Schulhaus ein paar weidende Kühe und dahinter eine Zeile neuer Einfamilienhäuser. Beim genauen Hinschauen sind auf der beweideten Wiese ein paar Bauprofile auszumachen.

Dieser Blick aus dem Schulzimmer war ein Blick in eine sich rasch wandelnde Umgebung. Damals heftete fast jeder durchschnittliche Lehrer in seinem Schulzimmer früher oder später eine Bilderfolge an die Wand, die für Jahrzehnte zur Ikone des rasenden Wandels werden sollte: die Bilderfolge «Alle Jahre wieder saust der Presslufthammer nieder», eine Reihe von sieben Zeichnungen des Illustrators Jörg Müller mit dem immer gleichen Ausschnitt aus einer helvetischen Musterlandschaft, die in sieben Schritten immer moderner und immer fremder wird.

All die Lehrerinnen und Lehrer, die in den neuen Einfamilienhausreihen wohnten, versuchten also durchaus, Schülerinnen und Schüler, die ebenfalls in einem eben erst auf der grünen Wiese hochgezogenen Neubau wohnten, für den Wandel zu sensibilisieren. Er löste schon damals Unbehagen aus.

«Zersiedelung» wird es genannt

«Alle Jahre wieder saust der Presslufthammer nieder» wurde 1974 mit dem deutschen Jugendliteraturpreis ausgezeichnet und wird seither wieder und wieder aufgelegt. Es ist ein Erfolg – begleitet vom anhaltenden Misserfolg: Der Presslufthammer wirkte letztlich stärker als die pädagogische Belehrung. Sowohl im Berg- wie im Talgebiet verlief die Überbauung der Schweiz während drei Jahrzehnten an allen Ecken und Enden ohne erkennbare übergeordnete Idee. «Zersiedelung» lautet der negativ konnotierte Begriff, der das Geschehen zusammenfasst.

Die Siedlungsfläche dehnt sich jede Sekunde um rund einen Quadratmeter aus. Pro Jahr verschwinden somit nahezu 30 km² kultivierbarer Boden unwiederbringlich.[1] In 23 von 26 Kantonen wächst die Siedlungsfläche schneller als die Bevölkerung: Ausser in den Kantonen Baselland, Schwyz und Zürich beanspruchen die Menschen pro Kopf Jahr für Jahr mehr Wohn- und Siedlungsfläche. Die Baulandreserven sind so gross bemessen, dass die besiedelte Fläche der Schweiz praktisch überall gleichzeitig ungehemmt wachsen kann. Die keineswegs wachstumsfeindliche, wirtschaftsnahe Denkfabrik Avenir Suisse warnt deshalb seit geraumer Zeit: «Das Schweizer Mittelland wächst zusehends zu einer durchgehenden Agglomeration zusammen.» Will heissen: Das Schulwandbild von damals wird von der Realität überholt.

Ein veritabler Knall

Seit einigen Wochen ist es aber nicht mehr vermessen, von klaren Anzeichen für eine Umkehr zu sprechen. Das auffälligste Signal: Die Schweizerinnen und Schweizer haben am 11. März 2012 der sehr weit reichenden Initiative gegen den überbordenden Bau von Zweitwohnungen zugestimmt (siehe auch Kasten auf Seite 11). Die Initiative des polarisierenden und keineswegs altersmilde gestimmten 84-jährigen Umweltschützers Franz Weber fordert, den Bau von Ferienwohnungen radikal zu beschränken. Diese meist leer stehenden Bauten sind aus der Sicht von Weber und seinen Mitstreiterinnen Inbegriff für die sinnlose Zumüllung des Alpenraums. Landschaftsliebhaber Weber behauptet, der ausufernde Zweitwohnungsbau beweise ganz generell, dass es in der Schweiz keine auf Nachhaltigkeit ausgerich-

[1] in Zahlen gefasst wurde der Umbruch der Schweiz ausführlich in der «Schweizer Revue» 1/2010

tete Raumplanung gebe. Nicht nur die urbanen Regionen stimmten übrigens mehrheitlich für die radikale Initiative. Auch in etlichen Tourismushochburgen liegt die Zustimmung verblüffend hoch. Ein Beispiel: Das vor allem vom Fremdenverkehr lebende Interlaken hat die Initiative deutlich angenommen.

Die Vermutung liegt nahe, dass viele Schweizerinnen und Schweizer nicht allein über den Zweitwohnungsbau abgestimmt haben – sondern über die ungebremste Zersiedelung ganz allgemein. Dies wird auch in vielen Zeitungskommentaren gefolgert. So befand der Zürcher «Tages-Anzeiger», es sei leicht erklärbar, warum die Gemeinden jetzt einen Teil ihrer Gestaltungsfreiheit verlören: «Die Bilanz der Gemeinden in der Raumplanung ist schlicht zu schlecht.» Kantone und Gemeinden hätten «die Quittung für Jahrzehnte raumplanerischen Schlendrians erhalten.»

Davos und Zermatt: Die Bilder machen klar, warum die Zweitwohnungsinitiative angenommen wurde

Bauland bedeutet Wohlstand

Der Presslufthammer, der alle Tage niedersaust, ist mit dem Volksverdikt ins Stottern gekommen. Aus etwas Distanz betrachtet bedeutet der Entscheid, dass der Souverän heute raumplanerische Entscheide zu fällen bereit ist, die vor wenigen Jahren noch als undenkbar galten. Der durch das «Problem Raumplanung» verursachte Leidensdruck ist offensichtlich gross. Doch welches sind die Ursachen des Problems? In der Schweiz wurden die Regeln, wann, wo, wie und wie viel gebaut werden darf, bis anhin am stärksten von den Gemeinden und Kantonen bestimmt. Der Einfluss des Bundes auf die Raumplanung war in den vergangenen Jahrzehnten – milde gesagt – sehr diskret. Wenn aber Raumplanung von unten bestimmt statt von oben gelenkt wird, folgt sie eigenen Gesetzen: Jede Gemeinde will möglichst viel Bauland zur Verfügung stellen, weil sie sich davon neue Steuerzahler und Wohlstand verspricht. Die Veränderung der Landschaft hat dabei wenig Gewicht. Die Folge: Die sich ländlich gebärdende Nation kann vielerorts ihre Ländlichkeit nicht mehr beweisen. Die Diskrepanz zwischen behaupteter Idylle und tatsächlicher Landschaft ist sehr gross geworden. Das schmerzt – um es mit einer unschweizerischen Prise Pathos zu sagen – die Volksseele:

Wenn das prägende, eigene Bild der Lebensumgebung etwas Nostalgisches, Gestriges, Vergangenes wird, dann beeinträchtigt dies letztlich die Lebensqualität und die Verwurzelung im Land, in dem man lebt. Der Biologe Raimund Rodewald, Geschäftsführer der Stiftung Landschaftsschutz Schweiz und eine der anerkanntesten Stimmen in Landschaftsschutzfragen, sagt auf Anfrage der «Schweizer Revue», die bisherige Entwicklung sei geradezu das Gegenteil von typisch schweizerisch: «Das Land, in dem das Geordnete, Solide, Verlässliche und die Qualität so viel zählen, wurde gar nie geordnet überbaut. Die Verantwortung dem Ganzen gegenüber hat weitgehend gefehlt.»

Parlament will Ruder herumreissen

Eine einzelne Volksinitiative kann nicht alle raumplanerischen Defekte reparieren. Aber bereits zeigt ein zweites Volksbegehren Wirkung, obwohl es dem Volk wohl gar nie vorgelegt wird: Die von einem breiten Verbund aus Umweltverbänden getragene Landschaftsinitiative. Sie will die Ausdehnung des Siedlungsgebiets ganz generell bremsen und fordert im Kern die Verkleinerung der überdimensionierten Bauzonen. Ein Ja zu dieser Initiative hiesse faktisch, zwanzig Jahre lang keine neuen Baugebiete einzuzonen. Das Bundesparlament nimmt die Kritik an den raumplanerischen Versäumnissen der Vergangenheit inzwischen so ernst, dass es das Ruder gleich selber herumreissen will. Nach dem Ständerat entschied sich im März nach monatelangem Zögern auch der Nationalrat für eine Verschärfung des Raumplanungsgesetzes. Erstens soll der Bund die Kantone neu zwingen können, zu gross bemessene Bauzonen zu verkleinern. Zweitens sollen Landbesitzerinnen und -besitzer zu Kasse gebeten werden, falls ihr Land zu Bauland wird und so massiv an Wert gewinnt. Der

Fotos: ZVG Fondation Franz Weber

quasi über Nacht entstehende Reichtum soll neu teilweise abgeschöpft werden. Mit jeder Einzonung flössen somit beträchtliche Summen an den Staat. Er könnte sie einsetzen, wenn er anderswo Bauland wieder zu Landwirtschaftsland zurückzonen will und dabei womöglich Entschädigungen zahlen muss. Damit wird ein Mechanismus abgeschwächt, der die Zersiedelung der Schweiz in den letzten Jahrzehnten massiv antrieb: Bauern verkaufen Äcker, weil Bauland einen zehn- oder gar hundertmal so hohen Wert hat wie Landwirtschaftsland – und die betroffene Gemeinde stimmt der Umwandlung zu, weil sie sich selber mehrfachen Gewinn erhofft: durch den über Nacht zum Millionär gewordenen Bauern, durch die rege Bautätigkeit, durch die angelockten, potenten Steuerzahler. Der übergeordnete Blick auf die geografischen Räume geht dabei in den lokalen Interessen unter.

Die Umweltverbände frohlocken bereits. Sie wollen ihre Initiative zurückziehen, sollte das Raumplanungsgesetz tatsächlich in beschriebener Weise verschärft werden. Rodewald spricht von einem «eindeutigen Paradigmenwechsel». Noch steht aber die Schlussabstimmung des Parlaments über die Neuerungen im Gesetz aus. Sie dürfte im Sommer stattfinden. Nicht ausschliessen lässt sich, dass Interessengruppierungen anschliessend das Referendum gegen so viel «Raumplanung von oben» ergreifen.

Gesellschaftlicher Wandel

Zuerst die Zweitwohnungs-Initiative, jetzt die Landschaftsinitiative. Einerseits lässt sich der sich abzeichnende Wandel in der Raumplanung mit dem Leidensdruck erklären. Anderseits ist er auch Ausdruck des gesellschaftlichen Wandels. Die Motivation, Boden und Landschaft zu schützen, wandelt sich. Trieb bis anhin der Schutz der bäuerliche Scholle, der Schutz naturnaher Landschaften und der Schutz landschaftlicher Ästhetik die Kritikerinnen und Kritiker der Raumplanung an, mehren sich heute in der Debatte über die Raumplanung die energiepolitischen Argumente: Solle die Energiewende, die Abkehr vom Hunger nach nicht erneuerbaren Energien, gelingen, brauche es dazu auch raumplanerische Leitplanken. Im Alltag ist dieses Argument bereits ablesbar. In der Tat träumt die junge Schweizer Familie nicht mehr zwangsläufig vom Einfamilienhäuschen in Hintermüllingen, weil die dazugehörige Doppelgarage tagtäglich beweist, dass dieser «Traum» mit sehr viel zusätzlicher Mobilität – also Umweltbelastung – erkauft werden muss.

Die seit 1970 augenfällige Flucht ins Eigenheim auf dem Land und die damit einhergehende Entleerung der Städte ist mehr als nur gebremst. Die «Rückkehr in die Städte» ist offensichtlich, denn seit 2005 wachsen kleinere und grössere Städte deutlich. Die Einwohnerzahl vieler Landgemeinden stagniert. Flächenmässig mögen sie zwar weiterwachsen – wegen ihrer ausufernden Bauzonen. Insgesamt leben wieder rund 45 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer in Städten und zentrumsnahen Agglomerationen. Das Fazit der Denkfabrik Avenir Suisse: «Die Schweiz wird städtischer.» Und je städtischer sie wird, desto angeregter wird debattiert, wie sich denn die Städte verändern müssten. Verdichten, also «Wachstum nach innen», ist das angesagte Credo bei der Raumplanung. In den meisten urbanen Zentren wird über «dichte Kernstädte» nachgedacht – auch aus ökologischen Gründen, wie der Zürcher ETH-Professor Ulrich Weidmann erklärt: «Eine dichte Stadt ist umweltfreundlicher als eine nicht dichte. Der Energieverbrauch für die Mobilität nimmt ab, die Wege werden kürzer, der Anteil des öffentlichen Verkehrs steigt. Die Alternative zu einer dichten Kernstadt ist die Zersiedelung der Landschaft. Konzentrierte Stadtsiedlungen können zudem energieeffizienter gestaltet werden als einzelne Häuser auf dem Land. Es eröffnen sich kreativere Möglichkeiten der Heizung und der Energierückgewinnung.»

Das «innere Wachstum» der Städte verläuft aber alles andere als rasant. Ausgediente Industrie- und Dienstleistungsgebäude stehen oft Jahrzehnte leer, bevor sie in neue, lebendige Quartiere verwandelt werden. Die schleppenden Stadterneuerungen tragen zu teils akuter Wohnungsknappheit bei und treiben Immobilienpreise und Wohnungsmieten in die Höhe.

Hier und da ein Wäldchen abholzen

Umweltfreundliche Urbanität mausert sich zum neuen Massstab. Im Gegenzug wird der bisher fest verankerte Schutz des Waldes zunehmend in Frage gestellt, obwohl ausgerechnet beim Waldschutz die Raumplanung des Bundes bisher am wirkungsvollsten war. Mit dem Grundprinzip, dass nur Wald roden darf, wer anderswo Wald aufforstet, konnte die Waldfläche in den letzten Jahrzehnten auch im Mittelland erhalten werden.

In der Nähe von Buchs in Kanton St. Gallen: Ein Einfamilienhaus reiht sich ans andere

Köniz im Schweizer Mittelland: Trotz Wakker-Preis für «Vorbildliche Siedlungsentwicklung» nicht immer ein harmonischer Anblick

Grossbaustelle in Bern-Brünnen: Es entsteht ein Freizeit- und Einkaufszentrum mit elf Kinosälen, zehn Restaurants, Hotel und Erlebnisbad

SCHWEIZER REVUE Juni 2012 / Nr. 3
Fotos Keystone und Adrian Moser (2)

Doch jetzt wächst der Druck auf stadtnahe Wälder. Gegenwärtig führt Bern eine aufgeladene Debatte darüber, ob nicht Teile des Bremgartenwaldes zugunsten einer stadtnahen Siedlung für 8000 Menschen abgeholzt werden sollten. Das Hauptargument lautet, abgeholzter stadtnaher Wald führe zu weniger Zersiedelung als die Einzonung grüner Wiesen an der Peripherie des Stadtgebietes.

Das ruft selbstverständlich die gleichen Umweltschützerinnen und Umweltschützer aufs Tapet, die momentan die vom Bundesparlament vollzogene raumplanerische Wende beklatschen. Sie monieren, die Lockerung des Waldschutzes sei ein Tabubruch. Werde der erste stadtnahe Wald gerodet, sei dies ein Präjudiz, um in allen Ballungszentren die Motorsäge anzusetzen. Lukas Bühlmann, der Direktor der Schweizerischen Vereinigung für Landesplanung, teilt diese Befürchtung. Werde Bauland verknappt, führe dies unweigerlich zur Forderung, Rodungen zu erleichtern: «Würde die Waldstadt im Bremgartenwald bewilligt, liessen sich auch eine Waldrodung am Üetliberg in Zürich, eine Rodung des Allschwilerwaldes in Basel oder des Bois de la Bâtie in Genf nicht mehr verhindern.» Die Aufzählung liesse sich verlängern, denn auch in Neuenburg wird überlegt, wie aus dem bewaldeten Stadtrand Raum für 8000 neue Einwohnerinnen und Einwohner entstehen könnte.

Hier und da eine Staumauer hochziehen?

Auch die Nachwirkungen der Katastrophe von Fukushima, die das Vertrauen in die westliche Atomtechnologie erschüttert hat, führt zu neuem Druck auf die Landschaft der Schweiz. Nebst der Forderung nach gelockerten Rodungsregeln führt auch die angestrebte «Energiewende» zu neuen Konfliktlinien: Wegen des faktisch besiegelten Ausstiegs der Schweiz aus der Atomenergie wollen Energiekonzerne im Alpenraum die erneuerbaren Energien Wind und Wasserkraft viel stärker als bisher nutzen dürfen. Mehr Windturbinen, höhere Staumauern, neue Kleinwasserkraftwerke lauten ihre Forderungen. Umweltschützerinnen und -schützer sind konsterniert, wie die Energiegewinnungsprojekte den gestiegenen Schutz der Berglandschaften gleich wieder zur Disposition stellen. Raimund Rodewald von der Stiftung Landschaftsschutz Schweiz fürchtet, dass damit ohne klare Weichenstellung eine neue Form der Zersiedelung angeschoben wird: «Auf uns kommt eine Welle von rund hundert Kraftwerksprojekten zu. Meine Sorge ist, dass damit die Landschaft zerstört wird, wir aber keinen wesentlichen Beitrag zum Ausstieg aus der Atomenergie erreichen.» Der WWF wiederum führt ins Feld, selbst die wertvollsten Biotope seien derzeit im Visier der Kraftwerksplaner. So droht im Kanton Freiburg ein Staudammprojekt die ökologischen Qualitäten des Flusses Warme Sense zunichte zu machen. Die Warme Sense gilt in ökologischer Hinsicht als «wertvollstes Gewässer» unter den unverbauten Alpenflüssen. Sie bietet besonders vielen Tier- und Pflanzenarten einen Lebensraum.

Landschaft schützen – und mehr Wald roden? Alpenpanorama schützen – und neue Staumauern fordern? Die Debatte über die Raumplanung ist en vogue. Doch die Spannungsfelder sind gross. Trotz den Anzeichen für den Paradigmenwechsel bleibt das Thema Raumplanung in der Schweiz zunächst einmal – eine grosse Baustelle.

MARC LETTAU ist Redaktor der «Schweizer Revue»

SCHWIERIGE UMSETZUNG

Wie die vom Volk am 11. März 2012 angenommene Zweitwohnungs-Initiative genau umgesetzt werden soll, ist in vielen Punkten noch unklar. Schon bei der Frage, was als Zweitwohnung zu gelten hat, gibt es die widersprüchlichsten Antworten. Unbestritten ist nur, dass die hohe Zahl meist leer stehender Ferienwohnungen nicht unkontrolliert zunehmen soll: Die Initiative fordert, den Anteil an Zweitwohnungen auf 20 Prozent zu limitieren. In einigen Schweizer Tourismusgemeinden sind heute 70 von 100 Wohnungen Zweitwohnungen. Klar ist, dass keine heute schon bestehende Ferienwohnung durch die Initiative in Gefahr ist. Ebenso klar ist aber damit zu rechnen, dass der Bau und der Kauf neuer Zweitwohnungen ab sofort viel schwieriger wird. Das gilt für in der Schweiz wohnhafte Interessenten genauso wie für Auslandschweizerinnen und -schweizer. Denn: Das Angebot wird, unter anderem wegen den noch unklaren Bewilligungskriterien für künftige Zweitwohnungen, stagnieren und kann in Zukunft auch bei grosser Nachfrage nicht mehr beliebig erhöht werden.